

Abschlussklärung der „Konferenz der Arten“ am 1. Juli 2016

Gemeinsam für den Erhalt unserer biologischen Umwelt

Aus Anlass der „Konferenz der Arten“ am 1. Juli 2016 in Berlin haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus deutschen Verbänden, Vereinen, Forschungsinstituten, staatlichen Ämtern, dem Bundesumweltministerium sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger folgendes beschlossen:

„Biologische Vielfalt ist die Grundlage der menschlichen Existenz. Diese Vielfalt ist aktuell hoch bedroht, weil wir durch schädigende Eingriffe in die Umwelt Lebensräume und Arten verlieren. Ein Drittel der Arten ist in Deutschland gefährdet, 6% sind schon ausgestorben oder verschollen. Aus Anlass der von der Leibniz-Gemeinschaft am 1. und 2. Juli 2016 in Berlin organisierten „Konferenz der Arten“ haben deutsche Verbände, Vereine, Forschungsinstitute, staatliche Ämter, engagierte Bürgerinnen und Bürger beschlossen, gemeinsam gegen diese fortschreitenden Verluste vorzugehen. Dazu wollen wir umfangreiches Fachwissen sowie die Erfahrungen der Expertinnen und Experten besser vernetzen, und so Politik, Medien und Öffentlichkeit dringend zum zielgerichteten Handeln auffordern.

Deutschlands biologische Vielfalt ist in Gefahr

Biodiversitätsverluste müssen sehr ernst genommen werden, da das Aussterben von Arten in der Tier-, Pilz- und Pflanzenwelt irreparabel ist, was zahlreiche ökonomische Folgen hat. Die unterzeichnenden Expertinnen und Experten sind besorgt über den dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland. Der unwiederbringliche Verlust vieler Tiere, Pilze und Pflanzen ist bereits alarmierend weit fortgeschritten. Der steigende Verlust natürlicher und naturnaher Lebensräume bei gleichzeitig weiterhin unkontrolliertem Einsatz von Stickstoff, Phosphor und Pflanzenschutzmitteln beschleunigen diesen Prozess. Massives Artensterben sogar in ausgewiesenen Schutzgebieten weist auf die Fernwirkung von Insektiziden, Schadstoffen und Landnutzungsänderungen hin.

Die Unterzeichnenden fordern daher eine rasche rechtliche Unterbindung biodiversitätsgefährdender Maßnahmen, den Ausbau der ökologisch verträglichen Forst- und Landwirtschaft sowie Agrarförderung, eine strikte Kontrolle der Anwendung geltender Gesetze. Erforderlich sind ein ernsthafter Schutz von Biotopen und gefährdeten Arten sowie das Verbot des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und Insektiziden, sofern deren schädliche Wirkung auf die Biodiversität wissenschaftlich nachgewiesen ist.

Forderung nach einem nationalen Forschungsprogramm

Mehr Forschung zur Biodiversität in Deutschland ist dringend erforderlich; insbesondere bedarf es hierbei einer besseren Erhebung und Verfügbarkeit von Daten und Bewertungen, um zielgerichtete, gegensteuernde Maßnahmen ergreifen zu können. Die Unterzeichnenden unterstützen daher nachdrücklich die Naturschutzoffensive 2020 der Bundesregierung und fordern die Einführung einer bundesweiten Langzeiterfassung (Monitoring) von Lebensräumen und Artenvielfalt, Landnutzung und Schadstoffeintrag, sowie die regelmäßige Auswertung dieser Daten. Die Erfassung muss auch die sehr viel größere Zahl von Arten berücksichtigen, die zurzeit in staatlichen Berichtspflichten nicht vorkommen. Dafür sind Forschungsbeiträge von Fachgesellschaften, Verbänden, und der ehrenamtliche Einsatz von fachkundigen Bürgerinnen und Bürgern öffentlich und finanziell zu unterstützen. Mit den wertvollen Beobachtungen soll - gemeinsam mit allen auf diesem Feld tätigen Forschungseinrichtungen - ein bundesweit koordiniertes Datensystem aufgebaut werden.

Bund und Länder sind aufgefordert, die Ursachenforschung zum Biodiversitätsverlust zu fördern und mit Sofortmaßnahmen die nachgewiesenen, für die Arten tödlichen Prozesse zu unterbinden.

Förderung von Naturschutzbildung und Artenkenntnis

Artenkenntnis und Taxonomie sind unverzichtbare Grundlage für jede Analyse der biologischen Umwelt. Die Zahl der Expertinnen und Experten nimmt jedoch seit vielen Jahren ab.

Die Unterzeichnenden fordern weiterhin eine verstärkte Vermittlung von Artenwissen an den Schulen und Hochschulen und die Förderung von außerschulischen Angeboten in Kooperation mit naturkundlichen Vereinen, Umweltbildungszentren, Naturschutzverbänden, Naturkundemuseen, botanische Gärten, und wissenschaftlichen Organisationen. Die Ressourcen des amtlichen Naturschutzes müssen ausgebaut werden, die ehrenamtlich tätigen Vereine und Verbände brauchen Unterstützung. Fachgutachterinnen und Fachgutachter, die über Landnutzungsänderungen entscheiden, benötigen taxonomische und methodische Fortbildung. Die Unterzeichnenden schlagen Bund und Ländern vor, dafür eine unabhängige Akademie für Artenwissen einzurichten.“

Initiator und Ansprechpartner:

Prof. Dr. J. Wolfgang Wägele

Direktor Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig - Leibniz-Institut für Biodiversität der Tiere

w.waegele@zfmk.de

Tel. 0228 / 9122 200